

# Gut und günstig?

## Über den Wert von Demokratie und Kapitalismus

*Johannes Marx und Johann Waas*\*

### **Abstract**

This article discusses the normative relation of two concepts: capitalism and democracy. The background for this discussion is the philosophical theory of value. We argue that both capitalism and democracy do not only have instrumental, but final value. However, while the realization of the final value of capitalism requires political control, the final value of democracy has intrinsic sources. This gives priority to the concept of democracy and defines a normative boundary for the co-existence of capitalism and democracy. In a second step, we analyze which of the real-world types of capitalism do not constitute impediments to the normative value of democracy. Finally, we briefly sketch the challenging changes to the relation of capitalism and democracy in the post-national constellation.

**Keywords:** democracy, capitalism, value theory, intrinsic value, final value

**JEL-Klassifikation:** A13, B50, D63, P51

\* Prof. Dr. Johannes Marx und Johann Waas, Universität Bamberg, Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Feldkirchenstraße 21, D-96052 Bamberg • [johannes.marx@uni-bamberg.de] [johann.waas@uni-bamberg.de]

## 1. Einleitung

„Marktkonforme Demokratie“ – der an eine Rede Merkels angelehnte Begriff und die anschließende Diskussion, ob es nicht vielmehr um einen demokratiekonformen Markt gehen sollte, machen deutlich, dass die Vision eines sozial befriedeten Kapitalismus in jüngster Zeit wieder infrage gestellt wurde.<sup>1</sup> Dabei schien das theoretische Problem der Verhältnisbestimmung von kapitalistischer Wirtschaftsordnung und Demokratie spätestens seit dem Scheitern des real existierenden Sozialismus empirisch „gelöst“; ihre Koexistenz war scheinbar alternativlos. Der sich angesichts jüngster Finanz-, Wirtschafts- und Demokratiekrisen abzeichnende weitreichende Transformationsprozess der Gesellschaft wirft jedoch erneut die Frage nach dem Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie und damit auch von wirtschaftlicher und politischer Freiheit auf.

In der Debatte ist dabei in theoretischer Hinsicht mehreres klärungsbedürftig: Wie können die Begriffe Demokratie und Kapitalismus expliziert werden und unter welchen Voraussetzungen kann die Vereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie diskutiert werden? Mit welchen Gründen lassen sich Kapitalismus und Demokratie überhaupt Werte zusprechen, und welche normativen Implikationen gehen mit den Konzepten einher? Handelt es sich bei Kapitalismus und Demokratie um exklusive Konzepte, die aus prinzipiellen Gründen nicht gleichzeitig kollisionsfrei realisiert werden können, oder kann das Verfolgen des einen Konzepts die Verwirklichung des anderen in Zielharmonie unterstützen? Bestehen etwaige Kollisionen tatsächlich auf der Konzeptebene oder sind es Konsequenzen spezifischer kapitalistischer Wirtschaftsordnungen, die mit demokratischen Werten kollidieren? Kurzum: Gibt es ein normatives Problem, wenn kapitalistische Wirtschaftsordnung und Demokratie aufeinander treffen, und wenn ja, worin besteht es?

<sup>1</sup> Wir bedanken uns bei den Gutachtern und Herausgebern dieses Bandes sowie bei den Teilnehmern der Tagung (2016) *Ziemlich beste Feinde. Das spannungsreiche Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus* der Sektionen Politische Theorie und Ideengeschichte sowie Politische Ökonomie für hilfreiche Kommentare und Verbesserungsvorschläge.

## 2. Zum Wert von Objekten

Häufig findet man in der Literatur die Position, dass Demokratie intrinsisch wertvoll sei, während Kapitalismus lediglich instrumentellen Wert habe (vgl. Anderson 2009). Gleichzeitig plädieren manche Autoren für den intrinsischen Wert von Kapitalismus (siehe Brennan 2014). Die unklare Wertzuweisung stellt insofern ein Problem dar, als die Kategorisierung eines Sachverhaltes als normativ wertvoll nicht nur von moralphilosophischer Relevanz ist, sondern eine Voraussetzung für die Gestaltung von Transformationsprozessen darstellt. Schließlich kann mit der Zuweisung eines besonderen normativen Werts auch die Pflicht verbunden sein, Güter, die Träger dieser Werte sind, zu realisieren oder zu schützen.

Häufig wird zur Diskussion der Wertigkeit eines Sachverhalts zwischen intrinsischem und instrumentellem Wert unterschieden. Korsgaard zeigt in ‚Two Distinctions of Goodness‘, dass diese Unterscheidung nicht alle Möglichkeiten umfasst (vgl. Korsgaard 1983). Sie argumentiert, dass für die Einordnung von Sachverhalten zwei Dimensionen getrennt werden sollten: Erstens stellt sich die Frage, ob ein Sachverhalt ein letztes wünschenswertes Ziel darstellt oder ein Mittel, um ein wünschenswertes Ziel zu erreichen. Unabhängig davon kann zweitens diskutiert werden, ob ein Sachverhalt nur aufgrund intrinsischer oder auch extrinsischer Eigenschaften wertvoll ist. Dies führt zu vier verschiedenen Werturteilen (vgl. Dorsey 2012):

Finaler Wert	Ein Sachverhalt ist final wertvoll er ein wertvolles letztes Ziel darstellt.
Instrumenteller Wert	Ein Sachverhalt ist instrumentell wertvoll gdw. er ein Mittel darstellt, um ein wertvolles letztes Ziel zu realisieren.
Intrinsischer Wert	Ein Sachverhalt ist intrinsisch wertvoll gdw. er wertvoll ist, indem er über den intrinsischen Eigenschaften des Sachverhalts superveniert. Der Wert des Sachverhalts resultiert demnach aus den Eigenschaften, die ihm selbst zukommen.
Extrinsischer Wert	Ein Sachverhalt ist extrinsisch wertvoll gdw. er wertvoll ist, indem er auch über den extrinsischen Eigenschaften des Sachverhalts superveniert. Der Wert des Sachverhalts resultiert demnach nicht

gdw. ??

nur aus den Eigenschaften, die ihm selbst zukommen. Stattdessen ist er für seine Realisierung auch auf andere Sachverhalte angewiesen.

Wenn man einen Sachverhalt als intrinsisch wertvoll bezeichnet, dann behauptet man nach der hier verwendeten Definition, dass dieser Sachverhalt immer normativ wertvoll ist, da es die Eigenschaften des Sachverhaltes selbst sind, die seinen Wert tragen (vgl. Chisholm 1981, S. 99). Ein Sachverhalt erlangt auf extrinsischer Seite Wert, wenn andere Sachverhalte Realisierungsbedingungen für die Wertigkeit des ersten Sachverhalts darstellen. Die Kombinationsmöglichkeiten der unterschiedlichen Quellen normativen Werts führen zu vier Idealtypen: (1) finaler Wert und intrinsisch, (2) finaler Wert und extrinsisch, (3) instrumenteller Wert und intrinsisch, (4) instrumenteller Wert und extrinsisch.<sup>2</sup> Häufig werden in Texten zur Diskussion der Wertigkeit von Demokratie und Kapitalismus die Typen 1 und 2 nicht sauber getrennt. Stattdessen wird auf das Gegensatzpaar Intrinsisch vs. Instrumentell zurückgegriffen (siehe Rinderle 2015, S. 51; Anderson 2009). Eine solche Auffassung ist jedoch unpräzise und kann zu fehlerhaften normativen Prioritäten führen.

In normativer Hinsicht ist die Unterscheidung zwischen dem instrumentellen und finalen Wert von größerer Bedeutung als die Dimension intrinsisch versus extrinsisch: Final wertvolle Güter haben Vorrang vor instrumentell wertvollen Gütern. Die Unterscheidung zwischen intrinsischem und extrinsischem Wert ist jedoch dann von besonderem Interesse, wenn sich herausstellen sollte, dass Kapitalismus und Demokratie in einem besonderen Verhältnis zueinander stehen, und der eine Sachverhalt eine Realisierungsbedingung des extrinsischen Werts des anderen Sachverhalts darstellen würde.

Demokratie oder Kapitalismus wären also aus normativer Perspektive genau dann final wertvoll, wenn ihre Bewertung aus Gerechtigkeitsgründen selbst abgeleitet werden könnte. Sie wären darüber hinaus intrinsisch wertvoll, wenn ihr Wert auf den intrinsischen Eigenschaften von Kapitalismus oder Demokratie selbst basiert.

<sup>2</sup> Dies schließt nicht aus, dass komplexe Sachverhalte auch auf ein und derselben Ebene in mehrfacher Hinsicht wertvoll sein können. Ein Sachverhalt kann final wertvoll sein und gleichzeitig instrumentellen Wert besitzen. In solchen Fällen hilft die philosophische Analyse, welcher Typ an Wert dominiert und auf welchen Komponenten des Sachverhalts der Wert basiert.

### **3. Prüfung des normativen Wertes von Markt und demokratischem Staat**

Manche Autoren bestimmen das Verhältnis von Kapitalismus und Politik als friedlich. Dafür sprechen gute Gründe, wie die auf Reinhard Zintl zurückgehende Skizze der Idealtypen Markt und demokratischer Staat zeigt (vgl. Zintl 2004).

Auf Märkten agieren autonome Personen in der Rolle des Käufers und Anbieters von Privatgütern. Die Akteure sind über den rechtlichen Hintergrundrahmen hinaus nur an selbstgesetzte Verhaltensnormen gebunden, die sie untereinander vertragsrechtlich vereinbaren. Der Markt bietet für das Individuum den Vorteil, dass es selbst über Menge, Qualität und Auswahl der zu konsumierenden Güter bestimmen kann. Eine Konsequenz der Konsumentensouveränität ist, dass rationale Akteure nur solche Transaktionen auf Märkten ausführen, die zu Pareto-Verbesserungen ihres Nutzeneinkommens führen. Der Markt überführt die einzelnen Entscheidungen der Individuen in ein soziales Outcome. Durch die individuellen Entscheidungen der Akteure entstehen soziale Sachverhalte. Jedoch sind die Kollektiventscheidungen, beispielsweise über die Höhe des Bruttoinlandsprodukts, die Höhe der Arbeitslosenquote oder das Angebot an Waren nur implizit als Ergebnis rationalen Handelns zu verstehen, da es sich um nicht-intendierte Effekte autonom vollzogenen individuellen Nutzenstrebens handelt.

In der Politik verhandeln autonome und in rechtlicher Hinsicht gleiche Personen über die Bereitstellung von Kollektivgütern. Politische Entscheidungen sind zumindest in Demokratien Mehrheitsentscheidungen und binden alle Mitglieder der politischen Gemeinschaft. Die Bindekraft dieser Entscheidungen gilt unabhängig von der Frage, ob die Entscheidung im Sinne der Wähler einer Partei ausgefallen ist oder nicht. Politische Entscheidungen stellen somit im Gegensatz zu Marktentscheidungen nicht zwangsläufig für alle Beteiligten eine Pareto-Verbesserung dar, sondern haben häufig umverteilende Effekte. Die Kollektiventscheidung wird jedoch explizit und im Bewusstsein um diese Effekte getroffen. Prinzipiell sind allen Akteuren Beteiligungsmöglichkeiten gegeben, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Die im engeren Sinn an einer Entscheidung Beteiligten stehen auch in politischer Verantwortung für die sozialen Konsequenzen ihrer Politik.

Markt und Politik lassen sich somit als getrennte, arbeitsteilige Bereiche der Gesellschaft beschreiben, in denen der Wert der Autonomie eine große Rolle spielt. Auf den ersten Blick scheint es, als ob die Autonomie des Individuums besser in der Sphäre des Marktes geschützt ist. Schließlich hat ein Individuum dort Vetomacht, so dass es nicht zu Markttransaktionen gezwungen werden kann, die für es mit Nachteilen verbunden sind. In der Politik dagegen treten für manche Individuen mit Nachteilen verbundene Kollektiventscheide regelmäßig auf.

### *3.1. Das Konzept Kapitalismus und sein normativer Wert*

Im Folgenden prüfen wir, ob die Realisierung eines kapitalistischen Systems finalen Wert besitzt.<sup>3</sup> Dafür unterscheiden wir idealtypisch eine sozial-orientierte Marktwirtschaft von einer libertär-kapital-orientierten Marktwirtschaft (libertärer Kapitalismus). Erstere zeichnet sich dadurch aus, dass die Errungenschaften des Marktes allen Akteuren zugutekommen sollen: Der Staat ist zu diesem Zweck zu Marktkorrekturen berechtigt, um Unternehmen und auch Privatakteure im Wettbewerb zu halten. Dagegen zielt der libertäre Kapitalismus vorrangig auf die Sicherung der Eigentumsrechte und die staatliche Senkung von Transaktionskosten. Sind die auf diese Weise erzielten Gewinne größer als die Wachstumsrate einer Volkswirtschaft, geht dies mit einer Konzentration wirtschaftlicher Macht einher (vgl. Piketty 2014). Staatliche Markteingriffe werden jedoch nur in dem Maß gerechtfertigt, wie sie dem Ziel der Erhaltung individueller Marktfreiheiten dienen, beispielsweise in Form von Investitionsschutz. Gleichzeitig gibt es große inhaltliche Überschneidungen zwischen beiden Konzepten. So verweisen beide auf grundlegende funktionelle Werte des Marktes. Wenn wir daher vom Markt oder von marktwirtschaftlichen Systemen sprechen, dann bezeichnen wir damit Eigenschaften, die sowohl für die sozial-orientierte Marktwirtschaft wie auch den libertären Kapitalismus kennzeichnend sind. Wenn jedoch Unter-

<sup>3</sup> Jason Brennan (2014) ist einer der engagiertesten Autoren bei der Verteidigung des finalen Wertes von Kapitalismus. Er bezieht damit Stellung gegen Gerald Cohen (2009), der Kapitalismus als intrinsisch inferior auszeichnet und nur aus instrumentellen Gründen sozialistische Alternativen ablehnt.

schiede im normativen Wert zwischen den Idealtypen bestehen, wird dies getrennt betrachtet.

Friedman (2002, S. 36) definiert marktwirtschaftliche Systeme folgendermaßen:

„Das funktionierende Modell einer Gesellschaft, die durch das Mittel des freiwilligen Austausches organisiert wird, ist die freie, auf privatem Unternehmertum basierende Marktwirtschaft – was wir den Wettbewerbs-Kapitalismus genannt haben.“

Üblicherweise wird dabei auf Geld als Tauschmittel zurückgegriffen. Ein marktwirtschaftliches System ist demnach eine die einzelnen Märkte verbindende (Gesellschafts- und) Wirtschaftsform, welche Verhalten, Angebot und Nachfrage mittels flexibler Preise koordiniert. Auch wenn Märkte urwüchsig entstehen können, sind für das Funktionieren eines modernen marktwirtschaftlichen Systems formelle politische Institutionen als Spielregeln eine notwendige Bedingung.<sup>4</sup> Diese definieren beispielsweise exklusive Verfügungsrechte und stellen einen rechtlichen Hintergrundrahmen bereit. Erst die institutionell gestützte Reduktion von Transaktionskosten ermöglicht auf großen anonymisierten Märkten den Tausch von Gütern. Moderne marktwirtschaftliche Systeme sind somit kein Bereich, der neben dem Staat existiert, sondern mit und in ihm.

Typischerweise wird marktwirtschaftlichen Systemen die wertvolle Eigenschaft zugeschrieben, dass Märkte (1) einen effizienten Koordinationsmechanismus darstellen und daher instrumentell wertvoll sind. Darüber hinaus könnten Märkte aber auch (2) als Realisation ökonomischer Freiheit verstanden werden, was sie zu Trägern eines finalen Wertes macht. Beides werden wir im Folgenden näher ausführen.

Ad 1) Marktwirtschaftliche Systeme haben gegenüber Planwirtschaften den entscheidenden Vorteil, dass es keine Wissenszentralisierung braucht, die alle Wünsche und Fähigkeiten erfasst, bewertet und ein- bzw. umsetzt. Die einzelnen Marktteilnehmer bemühen sich aus Eigeninteresse, ihre Fähigkeiten und Ressourcen möglichst gewinnbringend einzusetzen. Die Akteure entscheiden sich dabei freiwillig, bestimmte

<sup>4</sup> Darüber hinaus wird aus institutionenökonomischer Perspektive betont, dass neben formellen politischen Institutionen immer auch informelle, wie Vertrauen und Reziprozitätsnormen, eine Voraussetzung für das Funktionieren von Märkten darstellen.

Handlungen zu unternehmen oder zu unterlassen. Mit Erlei et al. (2007) lassen sich verschiedene Funktionen unterscheiden: Märkte fördern einen optimalen Einsatz von Produktionsfaktoren (Allokationsfunktion). Sie stellen Anreize dar, knappe Ressourcen effizient zu nutzen (Koordinationsfunktion).<sup>5</sup> Märkte führen darüber hinaus meist zu einer ungleichen Verteilung von Gütern, die klare Leistungsanreize signalisiert (Verteilungsfunktion). Gleichzeitig garantiert ein funktionierender Wettbewerb, dass nicht einzelne Akteure über Preis und Qualität einer Ware entscheiden können (Entmachtungsfunktion). Schließlich eröffnen Märkte die Möglichkeit zu einem parallelen Experimentieren der einzelnen Marktakteure (Entdeckungsverfahren), und entfachen damit einen Ideenwettbewerb, bei dem sich die effizientesten Ideen durchsetzen und damit Fortschritt ermöglichen (siehe Hayek 1968).

Idealtypisch dienen diese Funktionen letztlich der Wohlfahrtssteigerung im Sinne des Paretokriteriums. Im Ergebnis führen Eigentumsrechte und ein effizienter Markt dazu, dass Akteure in die Lage versetzt werden, ihre jeweiligen Bedürfnisse bei gegebener Kaufkraft effizient zu befriedigen. Eine Quelle der Wertschätzung von Märkten resultiert damit aus ihrem instrumentellen Wert für die Realisierung individueller Lebenspläne.

Ad 2) Daneben sind marktwirtschaftliche Systeme wertvoll, da sie mit der Autonomie des Individuums in Verbindung stehen. Marktwirtschaftliche Systeme besitzen Eigenschaften, die für die Ausprägung politischer Freiheit und Gleichheit und die Herausbildung ziviler Tugenden förderlich sind:

Schon Adam Smith (2013, S. 335) und auch Karl Marx (1974, S. 189) weisen auf den Wert marktwirtschaftlicher Systeme für die Förderung politischer Freiheit hin. So wurden tradierte feudale und persönliche Abhängigkeiten gegenüber einzelnen Personen durch unpersönliche Marktbeziehungen zu vielen ersetzt. Auch hat sich die Gefahr staatlichen Machtmissbrauchs tendenziell verringert, indem Informationen zunehmend dezentral verarbeitet werden und viele Akteure gleichzeitig über ökonomische Ressourcen verfügen. Hier zeigt sich ein instrumenteller

<sup>5</sup> Allerdings wird diese „beste“ Verwendung erheblich dadurch beeinträchtigt, dass auf Märkten nur zahlungskräftige Nachfrage berücksichtigt wird und nicht etwa ein interpersonaler Nutzenvergleich angestellt wird oder eine vorrangige Befriedigung von Grundbedürfnissen erfolgt.



Wert marktwirtschaftlicher Systeme im Hinblick auf die Förderung politischer Freiheit.

Daneben haben marktwirtschaftliche Systeme einen instrumentellen Wert in der (institutionellen und rechtlichen) Förderung von Gleichheit. Akteure stellen sich selbst schlechter, wenn sie aufgrund positiver oder negativer Diskriminierungen Gruppen prinzipiell von Transaktionen ausschließen. Insbesondere Minderheiten können deshalb auf Märkten ihre Interessen einfacher durchsetzen als in Demokratien, wo Mehrheiten Minderheiten regelmäßig überstimmen (vgl. Weede 1990, S. 7).<sup>6</sup>

Schließlich stellen Märkte ein Anreizsystem dar, das zivile Tugenden belohnt und fördert. Baurmann hat in theoretischer Hinsicht gezeigt, dass der Markt auf informellen Voraussetzungen wie Ehrlichkeit und Vertrauen basiert, die er selbst zugleich fördert (vgl. Baurmann 2000). Zudem gibt es Hinweise aus empirischen Studien, dass sich mit steigender Eingebundenheit in ökonomische Märkte die Vertrauenswürdigkeit ökonomischer Akteure erhöht und damit die Bereitschaft steigt, sich an Reziprozitätsnormen zu binden (siehe Ensminger und Henrich 2014). Marktwirtschaftliche Systeme zeigen hier einen instrumentellen Wert, der in der Förderung ziviler Tugenden liegt.

Neben ihrem instrumentellen Wert kann marktwirtschaftlichen Systemen jedoch auch finaler Wert zugesprochen werden: Über Märkte koordinieren Individuen ihr Verhalten bei einem Minimum an Konsensbedarf. So lautet ein klassisches Argument für die Wertigkeit des Marktes, dass dieser die Konsumentensouveränität gewährleistet sowie die Freiheit von Produzenten schützt, das zu produzieren, was sie bezüglich des Absatzes am Markt für vielversprechend halten. Im Gegensatz zur Koordination durch die Politik bedarf Kooperation auf dem Markt weder gesellschaftlichen Konsenses noch Zwangs. Die Entscheidungen von Anbietern und Konsumenten erfolgen freiwillig und aus eigenem Antrieb. Marktwirtschaftliche Systeme sind somit Ausdruck ökonomischer Autonomie individueller Akteure und damit sowohl instrumentell wie auch final wertvoll.

<sup>6</sup> Ein Gutachter gab den interessanten Hinweis, dass Märkte auch als Ausdruck von Gleichheit verstanden werden könnten und damit in dieser Hinsicht final wertvoll wären. Dies mag stimmen. Es ändert jedoch nichts an der grundsätzlichen Argumentationslinie, dass Märkte ihren finalen Wert auf extrinsische Weise erlangen.

In einem weiteren Schritt wird nun diskutiert, ob Märkte als finales Ziel auf intrinsische oder extrinsische Weise wertvoll sind. Ist es also der Markt selbst, der die erwünschten Effekte herausbilden kann, oder ist er dafür zusätzlich auch auf andere Sachverhalte angewiesen? Ein breiter Strang ökonomischer Literatur zeigt, dass die erwünschten Effekte des Marktes fortwährend bedroht sind. So tendieren Märkte beispielsweise aufgrund inhärenter Eigenschaften zu (a) Kapitalakkumulation und starken ökonomischen Ungleichheiten, (b) Unterversorgung mit öffentlichen Gütern und (c) einem gesamtgesellschaftlich unerwünschten Umgang mit externen Effekten.

- (a) Ungleichheit bedroht die Freiwilligkeit der Tauschhandlungen. Akteure, die nicht über ein Mindestmaß an Ressourcen verfügen, sind gezwungen, Transaktionen mit schlechten Tauschbedingungen zu akzeptieren. Wenn die Ungleichheit jedoch zu groß wird, dann ist die Autonomie der Akteure und damit der finale normative Wert des Marktes bedroht. Buchanan (1984, S. 85f.) weist darauf hin, dass auch Sklavenverträge freiwillig eingegangen werden können, wenn die Ausstattung an Ressourcen nur die Wahl zwischen Leben oder Tod lässt. Dies lässt sich jedoch nur schwerlich als Realisierung der individuellen Autonomie interpretieren.
- (b) Märkte scheitern bei der Bereitstellung kollektiver Güter. Wenn der Staat nicht einspringt, können nur Akteure, die über genügend private Ressourcen verfügen, diesen Mangel individuell für sich auffangen. Zudem weist Olson (1982) auf die unterschiedlichen Fähigkeiten von Produzenten- und Konsumentengruppen hin, ihren Bedarf nach kollektiven Gütern erfolgreich an die Politik zu adressieren. Daher kann es zu einer Überrepräsentation der Interessen von Produzentengruppen kommen. Im Kern unterminieren diese inhärenten Eigenschaften des Marktes die Gleichheit zwischen den Akteuren.
- (c) Schließlich stellen negative externe Effekte eine zentrale Herausforderung dar. Zwar sind Märkte unter gewissen Bedingungen in der Lage, mit negativen Externalitäten umzugehen (vgl. Coase 1960). Jedoch führen Transaktionskosten in großen Gruppen und mangelnde Verfügungsrechte dazu, dass Marktlösungen oftmals nicht zur Verfügung stehen und dann auf den Staat zurückgegriffen werden muss. Zudem verliert der Markt somit den instrumentellen Wert, Wohlstand im Sinne des Pareto-Kriteriums zu steigern. Als Wohlfahrtskriterium

lässt sich dann nur noch auf das Kaldor-Hicks-Kriterium zurückgreifen, das aber die individuelle Autonomie deutlich schwächer schützt.

Diese inhärenten Markttendenzen sind in normativer Hinsicht relevant. Die positiven Effekte und Eigenschaften marktwirtschaftlicher Systeme können nur unter günstigen Bedingungen realisiert werden, die nicht der Markt selbst garantieren kann. Der finale Wert marktwirtschaftlicher Systeme ist daher extrinsischer Natur. Hinzu kommt, dass die idealisierte Skizze zu Beginn des dritten Kapitels, die Märkten gegenüber der Politik einen Vorrang im Hinblick auf die Förderung individueller Autonomie zusprach, problematisch ist:

So verdeckt die Betonung der Konsumentensouveränität den Blick auf potentiell dahinterliegende Kollektivgüterprobleme. Trotz der Autonomie der Akteure können gewisse Bedürfnisse nicht über die Mechanismen des Marktes realisiert werden. In sozialen Interaktionssituationen mit Dilemmacharakter entsprechen die über den Marktmechanismus erzielten sozialen Veränderungen nicht den aus individueller (oder kollektiver) Sicht erwünschten Ergebnissen. Vielmehr sind solche Ergebnisse besser als nicht-intendierte Folgen rationalen Handelns zu verstehen. So betont Hayek (1986, S. 24), dass Institutionen zwar das Ergebnis menschlichen Handelns sind, aber nicht als deren Entwurf verstanden werden sollten. Die sozialen Ergebnisse ökonomischen Handelns erfüllen damit nicht in allen Fällen die normative Forderung, dass sie als Ausdruck autonomen Handelns aus individuell guten Gründen herbeigeführt wurden.

Darüber hinaus bestehen Zweifel, ob marktwirtschaftliche Systeme tatsächlich immer als offene und lernfähige Systeme verstanden werden können. Versteht man Mehrheitsentscheide als Entscheidung darüber, welchen Weg man als Gesellschaft (zuerst) probiert, dann muss es möglich sein, diese Entscheidungen auch zu korrigieren. Dies ist nur in der Sphäre der Politik gegeben. Für marktwirtschaftliche Systeme ist dies nur schwer vorstellbar, da viele Ergebnisse ja als nicht-intendierte Resultate rationalen Handelns begriffen werden sollten. Der Korrekturmechanismus bleibt dem Markt überlassen, der nicht-effiziente Lösungen langfristig aus dem Spiel nimmt.

Schließlich ist die Skizze problematisch, da sie die Erfüllung von Präferenzen unhinterfragt als wertvoll unterstellt. Wenn nun aber der Markt selbst eben diese Präferenzen zumindest teilweise hervorbringt (durch Produktionsbedingungen, Werbung etc.), dann stellt das den Wert der zu

realisierenden Präferenzen in Frage. Die in der Ökonomie oft geteilte Annahme, dass Präferenzen als gegeben angenommen werden und keiner normativen Rechtfertigung zu unterziehen sind, erweist sich bei der Diskussion der normativen Wertigkeit des Marktes als problematisch.

Folgendes Fazit lässt sich daher ziehen: Märkte sind instrumentell gut und finaler Träger von Wert. Sie sind jedoch nicht intrinsisch gut, sondern immer nur in Abhängigkeit von den institutionellen Rahmenbedingungen, die den Pathologien des Marktes entgegenwirken. Der finale Wert marktwirtschaftlicher Systeme ist daher nur realisierbar, wenn politisch-institutionelle Rahmenbedingungen gegeben sind, wie sie für eine sozial-orientierte Marktwirtschaft typisch sind. Der instrumentelle Wert marktwirtschaftlicher Systeme bleibt davon unberührt. Er findet sich in allen Spielarten marktwirtschaftlicher Systeme wieder.

### *3.2. Das Konzept der Demokratie und ihr normativer Wert*

Im Folgenden wird der normative Wert von Demokratie betrachtet. Zunächst werden wir klären, welche Demokratiekonzeption den weiteren Ausführungen zugrunde liegen soll. Den meisten Demokratiedefinitionen ist gemein, dass Demokratie notwendig mit einer Menge an Merkmalen einhergeht (vgl. Schmidt 2000). Eine Liste typischer Merkmale umfasst u.a. Recht und Rechtsstaatlichkeit, Schutz gewisser Grundrechte, Transparenz, Presse- und Meinungsfreiheit, allgemeines Wahlrecht für alle erwachsenen Bürger, periodische Wahlen und Entscheidungen nach der Mehrheitsregel (vgl. Anderson 2009, S. 215). Wir wollen uns an dieser Stelle zunächst mit diesem vagen Minimalkonsens begnügen.

Kein Konsens besteht hingegen in der Frage, welche Funktionsbestimmung demokratischen Institutionen zugesprochen werden sollte. Hier lassen sich drei idealtypische Funktionen ausmachen:

- A) Demokratie hat die Funktion, politische Grundfreiheiten zu sichern. Um die Freiheitsrechte in einem Minimalstaat institutionell zu sichern, bieten periodische Wahlen, neben der Gewaltenteilung, eine Möglichkeit, unliebsame Regierungen abzuwählen und somit Eingriffe in die Freiheitsrechte abzuwehren. Hier geht es darum, die negative Freiheit des Individuums zu schützen (siehe Nozick 1974).

Demokratie verspricht (in diesem Sinne), dass Eingriffe des Staates minimal ausfallen.

- B) Aus der Perspektive der ökonomischen Theorie der Demokratie geht es bei Demokratie im Kern um die Bereitstellung von Kollektivgütern über die Aggregation gegebener Präferenzen mittels Mehrheitsentscheidung (siehe Downs 1957). Die Bereitstellungsmengen ergeben sich durch Ausrichtung der Parteien am Medianwähler (market view). Demokratie als Verfahren verspricht eine bessere Versorgung mit Kollektivgütern für ihre Bürger als andere Staatstypen. Zudem lässt sich Wahlen als solchen ein epistemischer Wert zusprechen.
- C) Schließlich betont das deliberative Demokratiekonzept die besonderen Eigenschaften des demokratischen Prozesses selbst (siehe Fishkin 2011). Diese Demokratiekonzeption baut auf den Gedanken auf, dass sich Bürger als Gleiche begegnen, die jeweils als autonome, wertsetzende Wesen wertvoll sind. Dieser Gedanke kann sich dabei nicht nur auf die kontingenten Mitglieder der jeweiligen Zusammenschlüsse beziehen, sondern strebt tendenziell seine Universalisierung an (forum view).

Diese Auffassungen der funktionellen Dimension von Demokratie stehen nicht notwendigerweise in einem Konkurrenzverhältnis. Wir werden im Folgenden davon ausgehen, dass Demokratie alle drei skizzierten idealtypischen Funktionen erfüllen kann und prüfen deren normativen Wert.

Ad A) Versteht man Demokratie als institutionelle Sicherung politischer Grundfreiheiten, so schreiben Autoren ihr in dieser Hinsicht einen instrumentellen Wert zu, da sie einen finalen Wert stützt. Demokratie kann aus dieser Perspektive als Institutionenset verstanden werden, das dem Schutz privater und politischer Freiheitsrechte dient und vor politischer Unterdrückung schützt. Dies entspricht der klassischen liberalen Freiheitskonzeption. Der Schutz der individuellen Autonomie ist jedoch durch Mehrheitsentscheidungen latent bedroht. Schreibt man dieser Funktion einen zentralen Stellenwert zu, dann darf die Wahl institutioneller Sicherungen von Freiheitsrechten nicht Mehrheitsentscheidungen überlassen werden, da ansonsten die Schutzfunktion demokratischer Institutionen nur für Mitglieder von Mehrheiten gewährleistet wäre. Versteht man Demokratie jedoch als Set stabiler, institutioneller Regeln mit Mehrheitsentscheidungen innerhalb dieser Regeln, kann Demokratie ein

instrumenteller Wert im Hinblick auf die Sicherung politischer Grundfreiheiten zugesprochen werden.

Dass individuellen Rechten, die den Gestaltungsraum des politischen Agierens einschränken, ein zentraler Stellenwert zukommt, kann irritieren, da man den Wert der Demokratie zunächst auf instrumentelle Funktionen des demokratischen Prozesses selbst zurückgeführt hatte. Nun scheinen es jedoch gerade die Einschränkungen des demokratischen Prozesses zu sein, die für den Wert von Demokratie sprechen. Dies erklärt auch die Position mancher Autoren, dass Demokratie nicht notwendig das beste Mittel zur Sicherung der Grundfreiheiten darstellen muss (siehe Berlin 2006, S. 210). Würde man andere Herrschaftstypen finden, die im Hinblick auf die Sicherung individueller Freiheitsrechte besser abschneiden, müssten diese vorgezogen werden.

Politische Herrschaft ist jedoch immer mit Einschränkungen individueller Freiheitsrechte verbunden, und es sprechen gute Gründe dafür, dass im Rahmen demokratischer Regierungssysteme diese Freiheitseinschränkungen am geringsten ausfallen. Daher kann aus liberaler Perspektive Demokratie ein instrumenteller Wert im Hinblick auf den Schutz von Freiheitsrechten zugewiesen werden.

Ad B) Aus der Perspektive des market view stehen Wahlen an zentraler Stelle einer Demokratie. Auch hier schreibt man Demokratie einen instrumentellen Wert zu: Wahlen dienen der Aggregation individueller Präferenzen. Dies gilt in mehrfacher Hinsicht als wertvoll: Da durch Wahlen geeignete Repräsentanten aus dem Spektrum der zur Verfügung stehenden Kandidaten ausgewählt werden können, erfüllen diese dabei eine Selektionsfunktion, um geeignetes Personal für politische Prozesse auszuwählen.

Darüber hinaus sind Wahlen ein Instrument, mit welchem Parlament und Regierung Auskunft über die Präferenzen der Bürger erlangen. Sie erfüllen dabei eine epistemische Funktion. Im Gegensatz zur klassischen Position Platons, der aus epistemischen Gründen der Demokratie die Herrschaft des Philosophenkönigs vorzog, betont in jüngerer Zeit ein demokratietheoretischer Literaturstrang den epistemischen Wert demokratischer Verfahren (siehe Estlund 1997). Demnach besitzen demokratische Entscheidungen Autorität, da sie zumindest tendenziell (in diesem Sinne) bessere Ergebnisse produzieren als nicht-demokratische Regime.

Schließlich liefert der Wahlmechanismus in Demokratien Informationen, um festzulegen, welche Kollektivgüter in welchem Umfang bereit-

gestellt werden sollen. Der Prozess der Entstehung von Präferenzen ist aus dieser Perspektive exogen. Präferenzen werden vorgefunden und das demokratische System ist das Instrument, mit dessen Hilfe gegebene Präferenzen zu politischen Maßnahmen umgeformt werden. Der demokratische Prozess selbst garantiert, dass die aus liberaler Sicht wertvollen Interessen der einzelnen Bürger größtmögliche Berücksichtigung finden. Somit besitzt der demokratische Prozess einen normativen Wert, da er die Autonomie der Bürger realisiert. Jedoch findet dieser Prozess seine Grenzen in den individuellen Rechten, die den Raum des politisch Gestaltbaren begrenzen. Dies deutet bereits darauf hin, dass nicht die Realisierung jeder beliebigen Präferenz intrinsisch wertvoll ist, sondern auch ihre Qualität eine Rolle spielt. Der demokratische Prozess ist daher neben dem unbestrittenen instrumentellen Wert final, aber extrinsisch wertvoll, da auch eine gewisse Sittlichkeit der Präferenzen eine Voraussetzung für die Realisierung des normativen Werts der Demokratie darstellt.<sup>7</sup>

Ad C) Folgt man der Sicht der deliberativen Demokratie (forum view), zeigt sich, dass ein Verständnis von politischen Rechten als Restriktion des politischen Gestaltungsraums zu eng ist. Anderson argumentiert, dass individuelle Rechte, wie Rechte auf freie Meinungsäußerung, Wahlrechte, politische Beteiligungsrechte, aber auch Religionsfreiheit und weltanschauliche Neutralität des Staates, konstitutiv für den deliberativen, demokratischen Prozess sind. Demnach ermöglichen diese Rechte erst den Austausch von Gründen und die Formierung demokratisch qualifizierter sozialer Präferenzen. Anderson zeigt, dass sich das derartige Finden kollektiv verbindlicher, responsiver Entscheidungen analog zur Autonomie der Individuen verstehen lässt (vgl. Anderson 2009). Demokratie ermöglicht damit erst die Genese kollektiver Präferenzen, die für gerechte und aus individueller Sicht akzeptable Majoritätsentscheidungen notwendig sind. Demokratie stellt damit einen finalen Wert dar, der aufgrund inhärenter Eigenschaften des demokratischen Prozesses selbst wertvoll ist und damit intrinsischer Natur ist. Allerdings

<sup>7</sup> Hier besteht Ähnlichkeit zum Markt. Die Diskussion, inwieweit Sittlichkeit eine Voraussetzung von Demokratie darstellt, die diese selbst nicht hervorbringen kann, können wir hier nicht führen (siehe Böckenförde 1976, S. 60). Allerdings spricht einiges dafür, dass Demokratie aufgrund der Möglichkeit von Korrekturen schlechter Politik und der Rolle kollektiver Präferenzen in der normativen Bewertung besser abschneidet als der Markt.

ist zur Aufrechterhaltung dieser Einschätzung eine sehr umfangreiche Demokratiekonzeption nötig, die unter anderem Rechtstaatlichkeit voraussetzt. Daneben ist vermutlich auch eine gewisse materielle Grundausstattung von Demokratien vonnöten, damit zum Leben notwendige Güter demokratisch und ohne Anwendung illegitimer Gewalt verteilt werden können.

Folgt man dieser umfassenden Demokratiekonzeption, welche die drei Idealtypen umfasst und verbindet, so ist Demokratie sowohl instrumentell als auch final wertvoll. Versteht man sie als kollektives Analogon zur individuellen Autonomie, so ist Demokratie zudem auf intrinsische Weise wertvoll. Entscheidet man sich jedoch aus analytischen Gründen für eine schlankere Demokratiekonzeption mit dem Mehrheitsprinzip als Kern, so kann eine solche Demokratie aus sich heraus weder Rechtstaatlichkeit und Sittlichkeit noch eine materielle Grundsicherung garantieren. Dann wäre sie auf extrinsische Weise final wertvoll, da sie auf einen funktionierenden Rechtsstaat und ein basal funktionierendes Wirtschaftssystem angewiesen ist.

#### **4. Zielharmonie oder Konflikt?**

Die bisherige Analyse hat gezeigt, dass sowohl Kapitalismus wie auch Demokratie instrumentellen und finalen Wert besitzen. Einiges spricht dafür, dass, wenn überhaupt, nur Demokratie auf intrinsische Weise wertvoll ist. Unklar ist bisher, in welchem Verhältnis beide Konzepte zueinander stehen. Dies wird in diesem Abschnitt im Mittelpunkt stehen.

##### *4.1. Voraussetzungen der Vereinbarkeit*

Handelt es sich bei Kapitalismus und Demokratie um exklusive Konzepte, die aus prinzipiellen Gründen nicht kollisionsfrei realisiert werden können, oder ist die gleichzeitige Realisierung beider Konzepte möglich? Historisch gibt es eine starke Korrelation zwischen (kapitalistischer) Marktwirtschaft und der Wertschätzung von Demokratie. Beide Konzepte scheinen sich gegenseitig zu stützen. Dennoch zeigen aktuelle Beispiele wie China und Russland, dass kapitalistische Wirtschaftsformen



nicht notwendig mit demokratischen Werten einhergehen. Im Rahmen der Eurokrise lässt sich sogar der Eindruck gewinnen, dass der Kapitalismus wesentlichen Freiheiten entgegenläuft. Besteht das Spannungsverhältnis auf der Konzeptebene oder in den Konsequenzen der spezifischen Ausgestaltung der jeweiligen Wirtschaftsordnung?

Ein erster Konflikt besteht auf der Konzeptebene: Durch die Freiwilligkeit ökonomischer Tauschakte besitzt jeder ökonomische Akteur eine Quasi-Veto-Option bezüglich potentieller Transaktionen. Beim Versuch, soziale Koordinations- und Kollektivgutprobleme über den Markt zu lösen, ist daher das Ergebnis immer von den Akteuren mit den stärksten Vorbehalten abhängig. Das ökonomische System ist in dieser Hinsicht konservativ, indem soziale Änderungen von einzelnen Akteuren blockiert werden können. Dagegen eröffnen politische Wahlverfahren die Möglichkeit, ökonomische Zustände auch gegen den Widerstand ökonomischer Akteure mit starken Vorbehalten zu ändern. Dabei wird durch Majoritätsentscheidungen in der Sphäre der Politik die (ökonomische) Autonomie der Akteure unterminiert. Gefördert werden kann dadurch jedoch ein anderer Wert: die Gleichheit. Hinter dem Konflikt auf der Konzeptebene steht somit letztlich ein Wertekonflikt, wie die folgende Diskussion der Vereinbarkeit zeigt.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Überlegungen lassen sich drei grundsätzliche Bedingungen identifizieren, die eine Voraussetzung für Zuschreibung von Zielharmonie zwischen marktwirtschaftlichen Systemen und Demokratie darstellen:

Erstens können selbst Märkte mit pareto-effizienten Transaktionen dazu beitragen, dass diejenigen gesellschaftlichen Bedingungen untergraben werden, auf deren Grundlage sich Menschen als Gleiche begegnen können. Dies geschieht, wenn Märkte extrem schädliche Ergebnisse für Einzelne beziehungsweise die Gesellschaft hervorrufen, oder sie durch stark asymmetrische und eingeschränkte Handlungsfähigkeit oder Verwundbarkeit der Akteure geprägt sind. Märkte mit solchen Eigenschaften nennt Debra Satz (2010) toxisch. Ob ein Markt toxisch ist, hängt weniger von den auf ihm gehandelten Gütern als von seinen Rahmenbedingungen ab. Wo Märkte toxisch werden, muss die Politik regulierend oder verbietend eingreifen, auch wenn dies zu Lasten der individuellen ökonomischen Freiheit geht. Akteure müssen in Ausgangssituationen gebracht werden, in denen sie nicht gezwungen sind, normativ fragwürdige, aber pareto-effiziente Transaktionen durchzuführen, um ihre Exis-

tenz zu sichern. Dafür sind neben institutionellen Rahmenbedingungen auch Bildungsmaßnahmen und die Absicherung individueller Grundrisiken notwendig.

Starke ökonomische Ungleichheiten und ökonomische Machtkonzentration verzerren zweitens die Repräsentation von Bedürfnissen in der Sphäre der Politik (vgl. Olson 1982). Dies ist vernachlässigbar, wenn es um politische Einzelfallentscheide geht. Wenn es jedoch um die Bestimmung der Grenzen der ökonomischen oder politischen Sphären geht, wird es normativ problematisch. In diesem Fall würde ökonomische Macht der kollektiven Autonomie entgegenstehen. Aber genau diese begründet den intrinsischen und finalen Wert der Demokratie. Eine zweite Voraussetzung für eine dauerhafte Zielharmonie von marktwirtschaftlichen Systemen und Demokratie sind daher wirkungsvolle, demokratisch legitimierte, institutionelle Arrangements, die auf nationaler wie internationaler Ebene eine Konzentration privater Macht begrenzen, wenn diese Wettbewerb, kollektive Autonomie oder Grundrechte einzelner Akteure gefährdet.

Demokratie und Markt lassen sich, wie in Abschnitt 3 erläutert, als getrennte und jeweils instrumentell und final wertvolle Bereiche auffassen, die arbeitsteilig gesellschaftliche Funktionen erfüllen. Die Grenzen sind nicht a priori zu bestimmen. Gleichzeitig haben sowohl Markt als auch Politik Tendenzen, diese Abgrenzung immer neu auszuhandeln, um ihren jeweiligen Bereich zu erweitern. Wenn sowohl die wertvollen Eigenschaften des Marktes wie der Demokratie zum Tragen kommen sollen, so muss der gesellschaftliche Aushandlungsprozess dieser Arbeitsteilung auf einer vorgelagerten Ebene erfolgen. Jedoch besteht ein großer Unterschied zwischen den kollektiven Ergebnissen, die durch Politik realisiert werden, und solchen, die der Markt hervorbringt: Erstere gehen einher mit einem Deliberationsprozess und können daher zu Recht als Ausdruck kollektiver Präferenzen verstanden werden. Dies gilt nicht für die Ergebnisse des Marktes. Da marktwirtschaftliche Systeme die politische Einbettung als Voraussetzung für die Realisierung ihres finalen Werts verlangen, kann die Bestimmung der Reichweite ihrer Sphäre nur politisch erfolgen (vgl. Zintl 2004). Dabei darf die Politik nicht den instrumentellen und finalen, wenn auch extrinsischen Wert der Ökonomie aus den Augen verlieren. Aus diesen Überlegungen folgt ein Vorrang der ordnungspolitischen Sphäre, auf dessen Grundlage die auf einer

untergeordneten Ebene stattfindende Arbeitsteilung zwischen Markt und Politik zu bestimmen ist.

Insgesamt kann daher von einer Vereinbarkeit von Demokratie und Marktwirtschaft ausgegangen werden. Die Voraussetzung ist, dass die Reichweite der Bereiche ordnungspolitisch geklärt wird und Eingriffsrechte in der untergeordneten Sphäre der engen politischen Willensentscheidung vorgesehen sind, um toxische Märkte mit negativen Externalitäten und starke Ungleichheit zu vermeiden.

#### *4.2. Voraussetzungen der Vereinbarkeit in der postnationalen Konstellation*

Es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit diese Analyse Bestand hat vor dem Hintergrund eines zunehmenden Rückgangs nationalstaatlicher Steuerungskompetenzen. In der postnationalen Konstellation treten an die Stelle nationalstaatlicher Institutionen supranationale Einheiten. Internationale Institutionen mit einem den Nationalstaaten vergleichbaren Steuerungspotential gibt es aktuell jedoch nicht. Bohman diskutiert zwei grundsätzliche Positionen, wie mit dem institutionellen Defizit auf internationaler Ebene umzugehen sei (vgl. Bohman 1999b): Eine Position fordert die Kreation mächtiger, supranationaler, im besten Fall demokratischer Institutionen (siehe Habermas 1997). Eine zweite Position möchte mit den bestehenden Institutionen arbeiten und deren Qualität durch den Ausbau transnationaler Vereinbarungen und eine zunehmende Inklusion gesellschaftlicher Interessen sukzessive erhöhen (siehe Buchanan und Keohane 2006; Bohman 1999b, S. 500). In normativer Hinsicht wird dabei gefordert, dass durch die Öffnung beratender Gremien in internationalen Organisationen langfristig Jedermann die Freiheit und Fähigkeit besitzen soll, seine vernünftigen Interessen in den politischen Prozess internationaler Organisationen einbringen zu können. Dafür braucht es eine kommunikationsstarke, transnationale Zivilgesellschaft, die dann ihre Unterstützung oder ihren Widerstand über politische Kanäle an die internationalen Organisationen adressieren könnte (vgl. Bohman 1999a). Natürlich ist dies nicht mit politischer Kontrolle gleichzusetzen, wie sie in funktionierenden Demokratien möglich ist. Gleichwohl erzeugt eine kosmopolitische Öffentlichkeit Rechtfertigungsdruck in internationalen

Organisationen. Solche Forderungen zielen auf die Realisierung von Gleichheit ab. Gefordert wird, dass zwischen den Bürgern einkommensstarker und einkommensschwacher Nationen keine unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten auf den internationalen Institutionalisierungsprozess bestehen.

Festzuhalten ist jedoch, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder internationale Organisationen mit einem mit nationalstaatlichem Umfang vergleichbaren Gewaltmonopol existieren (vgl. Beitz 2005: 24), noch dass sich im globalen Kontext eine demokratische Gesellschaft abzeichnet, die man ernsthaft als Subjekt öffentlicher Deliberationsprozesse bezeichnen könnte. Die in der Literatur diskutierten Gestaltungsmöglichkeiten politischer Prozesse in den internationalen Beziehungen haben daher aktuell weitgehend utopischen Charakter.

## 5. Fazit

Zusammenfassend kommen wir zu folgenden Ergebnissen: Demokratie ist instrumentell wertvoll und stellt ein final wertvolles Gut dar, das intrinsisch wertvoll ist. Auch dem Markt lässt sich neben seinem instrumentellen Wert ein finaler Wert zusprechen. Jedoch ist dieser Wert extrinsisch, da seine Realisierbarkeit von externen Rahmenbedingungen abhängt. Hier braucht es eine ordnungspolitische Einbettung, um die normative Wertigkeit des Marktes zu erhalten. Dies begründet einen normativen Vorrang der Demokratie vor dem Markt.

Die Frage der Vereinbarkeit von marktwirtschaftlichen Systemen und Demokratie hängt entscheidend vom jeweiligen Markt- und Demokratieverständnis ab. Da der finale Wert marktwirtschaftlicher Systeme an der Frage der politischen Einbettung hängt, ist dieser für Varianten des libertären Kapitalismus skeptisch zu sehen. Bereits Erhard (1964, S. 171) erkannte, dass Marktkräfte die Funktionen des Marktes selbst untergraben können. So betonte er in Abgrenzung zum libertären Kapitalismus, dass die Freiheit eines Unternehmers, sich durch kollusives Verhalten dem Wettbewerb zu entziehen, nicht mit seiner Auffassung von sozialer Marktwirtschaft vereinbar sei. Dementsprechend sind aus Sicht der sozial-orientierten Marktwirtschaft Markteingriffe gerechtfertigt, wenn aufgrund marktinhärenter Tendenzen die Wertigkeit des Marktes bedroht ist. Vertreter eines libertären Kapitalismus würden dies ablehnen. Die ge-

nannten Voraussetzungen der Vereinbarkeit können von Vertretern eines libertären Kapitalismus aus prinzipiellen Gründen nicht erfüllt werden. Die Erfüllung der Bedingungen würde sie zwangsläufig auf das Modell einer sozial-orientierten Marktwirtschaft verpflichten. Es geht daher nicht um die Etablierung einer marktkonformen Demokratie, sondern vielmehr um die Gestaltung eines demokratiekonformen Marktes.

### Literatur

- Anderson, Elizabeth (2009): Democracy: instrumental vs. non-instrumental value. In: Christiano, Thomas und Christman, John Philip (Hg.): *Contemporary Debates in Political Philosophy*. Oxford: Wiley-Blackwell, S. 213-227.
- Baumann, Michael (2000): *Der Markt der Tugend. Recht und Moral in der liberalen Gesellschaft. Eine soziologische Untersuchung*. 2. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck.
- Berlin, Isaiah (2006): *Freiheit. Vier Versuche*. Ungekürzte Ausg., Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1976): *Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatslehre und zum Verfassungsrecht*. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bohman, James (1999a): Citizenship and Norms of Publicity. Wide Public Reason in Cosmopolitan Societies. In: *Political Theory* 27, S. 176-202.
- Bohman, James (1999b): International Regimes and Democratic Governance. Political Equality and Influence in Global Institutions. In: *International Affairs* 75, S. 499-513.
- Brennan, Jason F. (2014): *Why not capitalism?* London: Routledge.
- Buchanan, Allen und Keohane, Robert O. (2006): The Legitimacy of Global Governance Institutions. In: *Ethics & International Affairs* 20, S. 405-435.
- Buchanan, James M. (1984): *Die Grenzen der Freiheit. Zwischen Anarchie und Leviathan*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Chisholm, Roderick M. (1981): Defining Intrinsic Value. In: *Analysis* 41, S. 99-100.
- Coase, Ronald H. (1960): The Problem of Social Cost. In: *Journal of Law and Economics* 3, S. 1-44.
- Cohen, Gerald Allan (2009): *Why not socialism?* Princeton: Princeton University Press.

- Dorsey, Dale (2012): Can instrumental value be intrinsic? In: *Pacific Philosophical Quarterly* 93, S. 137-157.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper.
- Ensminger, Jean und Henrich, Joseph (Hg.) (2014): *Experimenting with Social Norms. Fairness and Punishment in Cross-Cultural Perspective*. New York: Russell Sage Foundation.
- Erlei, Mathias; Sauerland, Dirk und Leschke, Martin (2007): *Neue Institutionenökonomik*. 2. Aufl. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Estlund, David (1997): Beyond fairness and deliberation: The epistemic dimension of democratic authority. In: Bohman, James und Rehg, William (Hg.): *Beyond fairness and deliberation: The epistemic dimension of democratic authority*. Cambridge, MA: MIT Press, S. 173-203.
- Fishkin, James S. (2011): *When the people speak. Deliberative democracy and public consultation*. Oxford: Oxford University Press.
- Friedman, Milton (2002): *Kapitalismus und Freiheit*. Frankfurt am Main: Eichborn.
- Habermas, Jürgen (1997): Kant's Idea of Perpetual Peace, with the Benefit of Two Hundred Years' Hindsight. In: Bohman, James und Lutz-Bachmann, Matthias (Hg.): *Perpetual Peace: Essays on Kant's Cosmopolitan Ideal*. Cambridge, Mass. [u.a.]: MIT Press, S. 113-153.
- Hayek, Friedrich August (1968): *Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren*. Kiel: Institut für Weltwirtschaft an der Universität.
- Korsgaard, Christine M. (1983): Two distinctions in goodness. In: *The Philosophical Review* 92, S. 169-195.
- Marx, Karl (1974): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. 17. Aufl. Berlin: Dietz-Verlag.
- Nozick, Robert (1974): *Anarchy, State, and Utopia*. New York: Basic Books.
- Olson, Mancur (1982): *The Rise and Decline of Nations. Economic Growth, Stagflation, and Social Rigidities*. New Haven [u.a.]: Yale University Press.
- Piketty, Thomas (2014): *Capital in the 21st Century*. Cambridge: Harvard University Press.
- Rinderle, Peter (2015): *Demokratie*. Berlin: Walter de Gruyter.
- Satz, Debra (2010): *Why some things should not be for sale: The moral limits of markets*. Oxford: Oxford University Press.
- Schmidt, Manfred G. (2000): *Demokratietheorien. Eine Einführung*. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.

- Smith, Adam (~~Hg.~~) (2013): *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*. Unter Mitarbeit von übersetzt von Recktenwald, Horst Claus. 13. Aufl., München: Dt. Taschenbuch-Verl.
- Weede, Erich (1990): *Wirtschaft, Staat und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Zintl, Reinhard (2004): Markt und Politik: Implizite und explizite Kollektiventscheidung. In: Czada, Roland und Zintl, Reinhard (Hg.): *Politik und Markt*. PVS Sonderheft 34. Wiesbaden: VS Verlag, S. 31-47.

